Bericht zur Arbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in RLP im Jahr 2022

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

Er ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit, das vom „Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V." getragen wird.

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration" haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

Rahmenbedingungen der Arbeit im Jahr 2022

Im Jahr 2022 war die Arbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz insbesondere im ersten Halbjahr - aber auch darüber hinaus – maßgeblich durch den am 24. Februar 2022 begonnen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die hierdurch ausgelösten Fluchtbewegungen in die Europäische Union, nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz geprägt. Bis Ende des Jahres 2022 hat Rheinland-Pfalz ca. 45.000 ukrainische Flüchtlinge und aus der Ukraine geflüchtete Drittstaatsangehörige aufgenommen. Der Initiativausschuss hat diese Aufnahme durch regelmäßige Mitwirkung an Maßnahmenabstimmungen mit der Landesregierung, durch Informations-, Qualifizierungs- und Unterstützungsarbeit insbesondere für haupt- und ehrenamtlich mit der Aufnahme der Geflüchteten befasste Personen sowie durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

Weitere besondere Einflussfaktoren im Berichtsjahr 2022 waren:

- in Verbindung mit der Aufnahme von ca. 45.000 Geflüchteten aus der Ukraine und weiteren ca. 12.000 Schutzsuchenden aus anderen Herkunftsländern eine Debatte um
  a) die damit verbundenen Herausforderungen für die Kommunen und insbesondere um die Grenzen ihrer Aufnahme- und Leistungsfähigkeit. Diese Debatte war sowohl im gesellschaftlichen als auch im politischen Raum teilweise von Ressentiments durchzogen, basierte teilweise auf Verkürzungen und „alternativen Fakten" und zielte - ebenfalls teilweise - erkennbar darauf ab, den Flüchtlingsschutz als Ganzes in Frage zu stellen,

b) die Gleichbehandlung aller Geflüchteten nach dem Vorbild der Aufnahme und Rechtstellung der ukrainischen Geflüchteten;

- im Jahr nach dem Rückzug der internationalen Streitkräfte und der Machtübernahme durch die Taliban - der Umgang mit afghanischen Geflüchteten in Rheinland-Pfalz und die Frage der Aufnahme von besonders gefährdeten (z.B. Menschenrechtsaktivist*innen und ehemalige Ortskräfte) oder in besonderen Maße mit der Bundesrepublik Deutschland und Rheinland-Pfalz verbunden Afghan*innen (Familienangehörige von bereits hier lebenden Afghan*innen);
- die gewaltsam unterdrückten Demonstrationen im Iran für Frauen- und Menschenrechte, die unmittelbare Auswirkungen auch auf die in Rheinland-Pfalz lebenden Iraner*innen hatten. Dies betraf sowohl Iraner*innen mit einem gesicherten Aufenthalt in Rheinland-Pfalz als auch in Rheinland-Pfalz bislang lediglich geduldeten Iraner*innen;
- die aus unterschiedlichen Gründen schwierige Situation vieler Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz, die zu Lasten der Mitarbeitenden und derjenigen geht, die auf funktionierende und serviceorientierte Verwaltungsstrukturen dringend angewiesen sind;
- die Umsetzung von Vereinbarungen des Koalitionsvertrages auf Bundesebene in der Gesetzgebung, die in 2022 entweder abgeschlossen (z.B. Chancenaufenthaltsrecht für langjährig geduldete Personen) oder zumindest eingeleitet wurde (z.B. Demokratiefördergesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz, Fachkräfteeinwanderungsgesetz);
- das 75-jährige Bestehen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz und damit verbunden eine historische wie aktuelle Bilanzierung der Beiträge und der Teilhabenmöglichkeiten eingewanderter Menschen in der Vielfaltsgesellschaft unseres Bundeslandes;
- Entwicklungen auf Bundesebene, die eine Stärkung des Schutzes vor Diskriminierung durch den Aufbau von Strukturen der Antidiskriminierungsberatung in Rheinland-Pfalz in greifbare Nähe haben rücken lassen.

Die genannten Einflussfaktoren im Jahr 2022 hatten Auswirkungen sowohl auf die Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des Initiativausschusses als auch auf seine Öffentlichkeits-, Informations- und Vernetzungsarbeit.

Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum 2022

Vor dem Hintergrund der vorangehend beschriebenen Entwicklungen und Herausforderungen hat sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz auch im Jahr 2022 schwerpunktmäßig darum bemüht, Debatten um „Asyl, Migration, Integration und Teilhabe sowie Schutz vor Rassismus und Diskriminierung“ zu versachlichen und haupt- und ehrenamtlich in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken und (weiter) zu qualifizieren. Hierzu hat er:

- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, Migrant*innen und Minderheiten abzielten. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Beratung und

Begleitung von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;

- Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um die Belange von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte zu versachlichen und aus menschenrechtlicher und demokratietheoretischer Perspektive und Überzeugung für deren Gleichbehandlung und für eine solidarische Gesellschaft zu werben.
- über Gremien-, Vernetzungs- und Lobbyarbeit bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte geworben.

I. Russischer Angriffskrieg auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022: Auswirkungen auf die Flüchtlingsaufnahme in Rheinland-Pfalz und konkrete Maßnahmen des Initiativausschusses

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 hat zum einen erhebliche Beratungs-, Qualifizierungs- und Informationsbedarfe erzeugt. Zum anderen hat er eine intensive Vernetzungs- und Lobbyarbeit erforderlich gemacht. Dadurch wurde das Thema zu einem der zentralen Handlungsfelder des Initiativausschusses - insbesondere im 1. Halbjahr des Berichtsjahrs 2022. Da dieses Handlungsfeld alle Arbeitsbereiche des Initiativausschusses umfasst, wird es den weiteren nach Arbeitsbereichen geordneten Maßnahmen vorangestellt.

1. Beratungs- und Informationsarbeit

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat beim Initiativausschuss zu einem immensen Informations- und Beratungsbedarf von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen und Unterstützer*innen geführt. Diesem Bedarf ist er durch Beratung (s. Punkt 2 des Jahresberichtes) und durch die regelmäßige Aussendung von kommentierten Informationen zu aktuellen rechtlichen und sonstigen aufenthaltsrelevanten Entwicklungen über seinen Verteiler und über die sozialen Medien gerecht geworden. Er bezog sich auf alle Fragen im Zusammenhang mit der Einreise, Aufnahme, Unterbringung und Rechtsstellung der bis Jahresende 2022 ca. 1 Mio. aus der Ukraine durch das Kriegsgeschehen vertriebenen Personen, von denen ca. 45.000 Aufnahme in Rheinland-Pfalz fanden. Besonders relevant war in diesem Zusammenhang die erstmalige Aktivierung und nachfolgende praktische Anwendung der „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ durch den Rat der Europäischen Union am 04. März 2022.

2. Regelmäßiger Austausch mit dem MFFKI

Im Berichtzeitraum fanden zudem insbesondere im 1. Halbjahr 2022 regelmäßige ein- bis zweistündige Online-Austauschgespräche zur jeweils aktuellen Situation im Zusammenhang mit der Fluchtaufnahme aus der Ukraine mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) - vertreten i.d.R. durch den Staatssekretär und/oder den Leiter der Abteilung „Integration“ - sowie der LIGA und dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz statt. Schwerpunkte dieser Gespräche waren die Registrierung, die Unterbringung und Begleitung der Ver-

triebenen in den Kommunen und den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, die Beantragung und Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen, der Umgang mit aus der Ukraine vertriebenen Drittstaatsangehörigen und der sogenannte „Rechtskreiswechsel“, der den Begünstigten den Wechsel ins Sozialgesetzbuch II bzw. XII ermöglichte. Folgende Online-Austauschtermine fanden im Berichtszeitraum mit dem MFFKI statt:

- Dienstag, **15. März 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Mittwoch, **23. März 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Dienstag, **30. März 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Dienstag, **12. April 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Dienstag, **26. April 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Dienstag, **17. Mai 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Dienstag, **14. Juni 2022:** Jour Fixe Ukraine;
- Dienstag, **06. September 2022:** Jour Fixe Ukraine.

3. Unterstützung von rheinland-pfälzischen Aufnahmeinitiativen durch die Lotto RLP-Stiftung (Erarbeitung und Bewerbung eines Förderprogramms in Zusammenarbeit mit civi kune Rheinland-Pfalz)

Auf Bitten und Initiative der Lotto Rheinland-Pfalz – Stiftung hat sich der Initiativausschuss gemeinsam mit civi kune RLP an der Erarbeitung und Bewerbung eines Förderprogrammes beteiligt, durch das Initiativen mit einem Betrag von bis zu € 1.000 gefördert und unterstützt werden konnten, die z.B.

- eine Gruppe für die Begegnung von Flüchtlingskindern mit anderen Kindern und Jugendlichen in ihrer neuen Nachbarschaft aufbauen wollten und hierfür z.B. Spiel- und Bastelmaterial benötigten,
- Hausaufgabenbetreuung für die Neuankömmlinge organisieren wollten und hierfür z.B. einen neuen Lerncomputer benötigten,
- geflüchtete Kinder aus der Ukraine und anderen Herkunftsländern zu einem „*ankommensfördernden*“ Ausflug einladen wollten,
- eine verlässliche ehrenamtliche Mitarbeiterin zur Begleitung der neu angekommen Flüchtlingskinder gewinnen und ihr eine Aufwandsentschädigung zahlen wollten,
- in ihrer Kommune dringend benötigte Lebensmittel oder Medikamente für Flüchtlingskindern sammeln und z.B. an die Grenze zur Ukraine bringen wollten.

Insgesamt - so die Lotto Rheinland-Pfalz-Stiftung - wurden auf diesem Wege im Berichtsjahr ca. 50 kommunale rheinland-pfälzische Initiativen in ihrer Integrationsarbeit insbesondere für ukrainische, aber auch für andere Flüchtlingskinder finanziell unterstützt.

→ **Förderaufruf** „*Die Lotto Rheinland-Pfalz – Stiftung unterstützt Projekte für Flüchtlingskinder!*“ **(siehe Anlage 1)**.

4. Einsatz für aus der Ukraine vertriebene Drittstaatsangehörige, insbesondere für drittstaatsangehörige Studierende sowie Angehörige der Roma-Minderheit

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des Initiativausschusses im Zusammenhang mit der Aufnahme von aus der Ukraine vertriebenen Personen lag im Berichtsjahr auf der aufenthaltsrechtlichen Situation von aus der Ukraine geflüchteten Drittstaatsangehörigen, die von dem Durchführungsbeschluss des Rates der EU zur Aktivierung der „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ nicht erfasst sind sowie auf den Folgen der diskriminierenden Behandlung von aus der Ukraine geflüchteten Angehörigen der Roma-Minderheit.

So mussten drittstaatsangehörige Studierende aus der Ukraine vor denselben Bomben fliehen wie alle Opfer des russischen Angriffskrieges, erhielten aber vielfach keine (aufenthaltsrechtliche) Perspektive, ihr in der Ukraine unterbrochenes Studium in Deutschland fortsetzen zu können. Der Initiativausschuss hat deshalb im Berichtszeitraum gemeinsam mit PRO ASYL - als bundesweit tätiger Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisation - ein Bündnis geschmiedet, das durch Gespräche sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Forderung nach Aufenthaltssicherheit für aus der Ukraine geflohene drittstaatsangehörige Studierende an das Bundesministerium des Innern und die jeweils zuständigen Landesministerien herangetragen hat. Dem Bündnis gehörten u.a. an: Amnesty international, Brot für die Welt, World University Service – Deutsches Komitee, Bundesverband ausländischer Studierender, Bundesverband der Evangelischen Studierendengemeinden sowie weitere Initiativen und Einrichtungen auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene. Vom Initiativausschuss initiierte Online-Bündnistreffen fanden statt am:

- Mittwoch, **16. März 2022**;
- Mittwoch, **27. April 2022**;
- Mittwoch, **04. Mai 2022**;
- Donnerstag, **02. Juni 2022**.

In die Wege geleitet wurden im Rahmen der Bündnistreffen die folgenden Aktivitäten:

- **Gemeinsames Schreiben** der Bündnispartner*innen an Bundesinnenministerin Nancy Faeser von **18. März 2022**: *„Aufenthalt aus der Ukraine geflohener Studierender aus weiteren Drittstaaten“* **(siehe Anlage 2)**;

- **Gemeinsame Pressemitteilung** von Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) e.V., Bundesverband ausländischer Studierender (BAS), Bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL, Evangelische Studierendengemeinden der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland und World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V. vom **21. März 2022**: *„Solidarität jetzt – Internationale Studierende aus der Ukraine brauchen Perspektive auf Fortsetzung ihres Studiums in Deutschland und der EU“* **(siehe Anlage 3)**;

- **Gemeinsame Pressemitteilung** von Bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL, Bundesverband ausländischer Studierender (BAS), Bundesverband der Evangelischen Studierendengemeinden (ESG), Diakonie Hessen - Abteilung *„Flucht, Interkulturelle Ar-*

beit, Migration“, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und World University Service (WUS) vom **17. Juni 2022**: *„Keine zwei Klassen von Flüchtlingen! - Internationale Studierende aus der Ukraine brauchen sicheren Aufenthalt und die Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums in Deutschland!*“ **(siehe Anlage 4)**.

Auf Landesebene hat sich der Initiativausschuss zudem in Gesprächen und Schreiben mit und an das MFFKI und das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit in Ermangelung einer bundesweiten Regelung für einen Ländererlass nach dem Vorbild Hamburgs, Berlins oder Nordrhein-Westfalens eingesetzt, der den Betroffenen zumindest für eine befristete Zeit Aufenthaltssicherheit und damit die Möglichkeit einräumt, sich in relativer Aufenthaltssicherheit um die Erfüllung der Voraussetzungen zur Fortsetzung ihres Studiums an einer deutschen Hochschule zu bemühen:

- **Schreiben** vom **17. Mai 2022** an das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) und das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit: *„Geflohene Internationale Studierende aus der Ukraine: Schaffung von Möglichkeiten zur Fortsetzung ihres Studiums in Rheinland-Pfalz*“ **(siehe Anlage 5)**.

Leider ist Rheinland-Pfalz diesem Beispiel anderer Länder trotz intensivem Werben nicht gefolgt.

II. „Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz“

Die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen sowie das Wahrnehmen einer *„Back-Office-Funktion*“ für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Unterstützer*innen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz war auch im Berichtsjahr 2022 ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses.

I.d.R. von der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses wurden im Jahr 2022 daher die folgenden Fort- und Weiterbildungen durchgeführt:

Eigene Fortbildungsangebote:

Im Rahmen einer für das Berichtsjahr 2022 ursprünglich vierteilig geplanten eigenen Fortbildungsreihe des Initiativausschusses wurden folgende Fortbildungen durchgeführt, die sich an hauptamtliche Berater*innen und erfahrene ehrenamtliche Begleiter*innen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiographie richteten:

- **09. Juni 2022 (ganztägige Fortbildung von 10:00 bis 16:00 Uhr)**
  Thema: Staatsangehörigkeitsrecht **(siehe Anlage 6)**;
- **21. Juli 2022 (ganztägige Fortbildung von 10:00 bis 16:00 Uhr)**
  Thema: Arbeitsmarktzugang **(siehe Anlage 7)**;
- **23. September 2022 (ganztägige Fortbildung von 10:00 bis 16:00 Uhr)**
  Thema: Wege aus der Duldung **(siehe Anlage 8)**.

Die ursprünglich für den 10. November 2022 geplante die Fortbildungsreihe abschließende ganztägige Fortbildung zum Thema „Zugang zu Sozialleistungen“ musste aufgrund der Erkrankung der Referentin kurzfristig abgesagt werden. Sie wurde – außerhalb des Berichtszeitraumes – am 7. März 2023 „nachgeholt“.

- **14. Dezember 2022 (Online-Fortbildung von 17:00 bis 18:30 Uhr)**
  Thema: Chancen-Aufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG n.F. **(siehe Anlage 9 [Einladung] und 10 [Teilnehmer*innenliste])**.

  Bedarfsorientiert hat der Initiativausschuss zudem im Berichtszeitraum kurzfristig zusätzlich eine ebenfalls an haupt- und ehrenamtliche Berater*innen gerichtete Online-Fortbildungs- und Informationsveranstaltung zum sogenannten „Chancen-Aufenthaltsrecht“ nach § 104c des Aufenthaltsgesetzes durchgeführt. Das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht, das Geduldeten, die sich zum 31. Oktober 2022 seit mehr als fünf Jahren im Bundesgebiet aufgehalten haben, eine auf 18 Monate befristete Aufenthaltserlaubnis zur Erfüllung der Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht in Aussicht stellt, wurde vom Bundesgesetzgeber im Herbst 2022 beschlossen.

Fortbildungen Dritter:

Die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses war im Jahr 2022 bei den folgenden Fortbildungen Dritter als Referentin tätig (Programme und Teilnehmer*innenlisten liegen jeweils beim Veranstalter und dem Initiativausschuss in der Regel nicht vor):

- **21. Januar 2022:**
  Fortbildung „Demokratie und Justiz“ im Rahmen der Qualifizierung der „kommunalen Brückenbauer*innen“ Ludwigshafen zu den Themen Grundgesetz, Gewaltenteilung und Wahlen/Mitbestimmung sowie aktuelles Aufenthalts- und Asylrecht;

- **24. Februar 2022 (Doppelveranstaltung Teil 1/2):**
  Fortbildung für SOLWODI Deutschland e.V. zu den Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechts;

- **24. Februar 2022 (Doppelveranstaltung Teil 2/2):**
  Fortbildung für SOLWODI Deutschland e.V. zu den asyl- und aufenthaltsrechtliche Besonderheiten bei der Beratung von Betroffenen von Menschenhandel und Frauen;

- **02. März 2022:**
  Anpassungslehrgang für das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Mainz zum Thema „*Ausländer- und Flüchtlingsrecht*";

- **26. März 2022:**
  Fortbildung für die „*Mainzer Flüchtlingslotsen*“ zu den Grundlagen des Asylrechts;

- **12. Mai 2022:**
  Gemeinsame Online-Fortbildung mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und civi kune RLP „*Leistungen gekürzt - was nun? -Onlinefortbildung zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)*";

- **01. Juni 2022:**
  Informationsnachmittag der Stabsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit der Kreisverwaltung Ingelheim am Rhein zum Thema Aufenthaltsrecht für Betroffene;

- **23. Juni 2022:**
  Seminar für den Wiesbadener Anwalts- und Notarverein zum Thema *„Bleiberechtsregelungen: Vorgriffserlasse und Gesetzesentwürfe“*;

- **28. September 2022:**
  Teilnahme am Podiumsgespräch *„Wieviel Chance steckt im Chancen-Aufenthaltsrecht?“* des Netzwerks InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit 2.0;

- **30. September 2022:**
  Workshop im Rahmen der Fachtagung anlässlich des 7-jährigen Bestehens des Projekts *„Flüchtlinge und Asylsuchende integriert in die Region (FAiR)“* des Caritasverband Koblenz e.V. zum Thema *„Rechtlicher Rahmen des Arbeitsmarktzugangs“*;

- **13. Oktober 2022:**
  Gemeinsame Fortbildung mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. zum Thema *„Grundlagen des juristischen Arbeitens“* **(siehe Anlage 11 [Einladung] und 12 [Teilnehmer*innenliste])**;

- **13. Oktober 2022:**
  Schulungsabend *„Bleiberecht für Menschen mit Fluchtbiographie“* für die Koordinierungsstelle Flüchtlingshilfen der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz und die Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld zu den Themen *„Niederlassungserlaubnis, Einbürgerung und Bleiberecht für Menschen mit Fluchtbiographie“* **(siehe Anlage 13)**;

- **23. November 2022:**
  Input zum Thema *„Chancen-Aufenthaltsrecht als Perspektive für geduldete Afghan*innen“* im Rahmen der digitalen Fachtagung *„Afghanistan“* der Stadt Ludwigshafen;

- **06. Dezember 2022:**
  Fortbildung für die Migrationsdienste der Caritas Rheinland-Pfalz und Saarland zum Thema *„Chancen-Aufenthaltsrecht“*.

Die *„Back-Office-Funktion“* des Initiativausschusses wurde im Berichtszeitraum 2022 immer dann in Anspruch genommen, wenn für rheinland-pfälzische Akteur*innen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haupt- oder ehrenamtlich beraten und begleiten, bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation - vielfach in Verbindung mit den zuvor bzw. nachfolgend geschilderten internationalen und nationalen Entwicklungen - bzw. bei Fragen zur Einbürgerung auf kompetente Unterstützung angewiesen waren. Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch auch in 2022 über 1.000 Beratungen dieser Art durchgeführt.

Im Rahmen von Beratungsgesprächen bietet der Initiativausschuss Dritten zudem Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen an, die auf die Verbesserung der Integrationsperspektiven von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiographie abzielen. Im Berichtszeitraum

- war der Initiativausschuss in diesem Zusammenhang an einer von der Hochschule Ludwigshafen durchgeführten **Evaluierung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz** mit dem Ziel ihrer Neustrukturierung beteiligt. Die Zusammenkunft der eingeladenen beratenden Expert*innen, darunter der Geschäftsführer des Initiativausschusses, fand online am **27. September** (14:00 bis 16:00 Uhr) statt.

- hat der Initiativausschuss eine **Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband Koblenz** zur Durchführung des **Projekts „F*AiR Plus – Flüchtlinge und Asylsuchende integriert in die Region plus*“** im Rahmen des ESF-Plus-Programms „*WIR – Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt*“ geschlossen. Sie hat sich in regelmäßigen Austauschgesprächen sowie der Mitwirkung an einer Fachtagung (Workshop „*Rechtlicher Rahmen des Arbeitsmarktzugangs*“ des Caritasverband Koblenz e.V. am **30. September 2022** in Koblenz niedergeschlagen hat (siehe hierzu unter Punkt II. „*Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*“).

III. Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit

In seiner Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit war der Initiativausschuss im Berichtsjahr zum einen darum bemüht, eigeninitiativ wichtige Themen zu setzen und zum anderen reaktiv auf aktuelle, teilweise kurzfristig entstehende Herausforderungen einzugehen.

1. Mitwirkung an der Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2022 ca. 45.000 Geflüchteten aus der Ukraine sowie weitere ca. 12.000 Schutzsuchende aus anderen Herkunftsländern aufgenommen. Vor diesem Hintergrund haben sich im Berichtsjahr zwei kontroverse Debatten in der Gesellschaft und im politischen Raum entwickelt, an denen sich der Initiativausschuss aktiv und mit den Zielen (a) einer Versachlichung der Debatten und (b) des Werbens für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingsaufnahme beteiligt hat. Bei den beiden Debatten ging es um

a) die mit der Aufnahme verbundenen Herausforderungen für die rheinland-pfälzischen Kommunen und insbesondere um die Grenzen ihrer Aufnahme- und Leistungsfähigkeit, die insbesondere im 2. Halbjahr 2022 geführt wurde. Diese Debatte war sowohl im gesellschaftlichen als auch im politischen Raum teilweise von Ressentiments durchzogen, basierte teilweise auf Verkürzungen und „alternativen Fakten“ und zielte - ebenfalls teilweise - erkennbar darauf ab, den Flüchtlingsschutz als Ganzes in Frage zu stellen;
b) die Forderung und das Werben für die Gleichbehandlung aller Geflüchteten nach dem integrationsfördernden Vorbild der Aufnahme und Rechtstellung der ukrainischen Geflüchteten.

Zu a): An der im 2. Halbjahr entflammten Debatte um die mit der Aufnahme von Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz verbundenen Herausforderungen insbesondere der Kommunen (Unterbringung, rechtliche und soziale Beratung, Plätze in Schulen und Kitas …) und insbesondere zu den hierauf aufsetzenden Forderungen nach verstärkter Abschiebung und eine Verschärfung des ohnehin restriktiven Asylrechtes hat sich der Initiativausschuss intensiv beteiligt und in seiner Informations- und Öffentlichkeitsarbeit insbesondere auf folgende Tatsachen hingewiesen:

- Es ist unstrittig, dass mit der Aufnahme von fast 60.000 Schutzsuchenden im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz insbesondere für die Kommunen große Herausforderungen verbunden sind, bei denen Bund und Land sie umfangreich unterstützen müssen.

- Abschiebungen als Mittel zur Minimierung der Herausforderungen sind jenseits aller menschenrechtlichen Bedenken alleine vor dem Hintergrund der Anerkennungszahlen kein probates Mittel. Etwa 92 Prozent der im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz aufgenommenen Geflüchteten haben entweder behördlicherseits oder auf dem Klageweg einen Schutzstatus erhalten.
- Ein großer Teil der Probleme in den Kommunen sind das Ergebnis jahrzehntelanger Versäumnisse in der staatlichen Daseinsvorsorge: z.B. bei der Sicherung oder Beschaffung von mietpreisgebundenen Wohnraum, der Digitalisierung von Schulen und Behörden, dem Abbau von integrationsfördernden Strukturen nach der großen Flüchtlingsaufnahme 2015/2016 sowie eines Mangels an Fach- und Arbeitskräften, dem nur ungenügend und zu spät entgegengewirkt wurde. Unter diesen Defiziten leiden Geflüchtete ebenso wie andere sozial benachteiligte Personengruppen. Flüchtlinge hierfür verantwortlich zu machen oder sie gegen andere benachteiligte Personengruppen auszuspielen, verfolgt erkennbar das Ziel, die Verantwortlichkeiten für diese teils Jahrzehnte alten Versäumnisse in der staatlichen Daseinsvorsorge zu überdecken.
- Die Tatsache, dass die Debatte um die Leistungsfähigkeit der Kommunen erst im 2. Halbjahr 2022, also weit nach der Aufnahme der weitaus meisten der aus der Ukraine geflüchteten Personen und in einer Zeit erhöhter Zugangszahlen von Asylsuchenden aus anderen Herkunftsländern, Fahrt aufgenommen hat, macht deutlich, dass sie in Teilen rassistisch aufgeladen ist, erkennbar darauf abzielt, entlang von Herkunftsländern, Hautfarbe und zugeschriebener kultureller Prägungen zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen zu unterscheiden und den menschenrechtlich gebotenen Flüchtlingsschutz zu unterminieren.

Parallel zu vielen entsprechenden Beitragen in seiner Informationsarbeit per Mail und über die Sozialen Medien hat der Initiativausschuss zu diesem Komplex der Debatte im Berichtsjahr u.a. folgende öffentliche Statements abgegeben:

- **Gemeinsame Pressemitteilung** von Diakonie in Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat RLP e.V., Initiativausschuss und civi kune RLP vom **16. November 2022**: *„Integrationsmittel des Bundes leisten wichtigen Beitrag zu guten Rahmenbedingungen vor Ort Großteil der Mittel muss in die Kommunen gehen und dort zweckgemäß verwendet werden“* **(siehe Anlage 14)**;
- **Statistik** *„Prognostischer Schutzstatus der 2022 in Rheinland-Pfalz aufgenommenen Personen“* **(siehe Anlage 15)**.

Zu b): Der Initiativausschuss hat bereits unmittelbar nach dem in-Kraft-setzen der sogenannten EU-„Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ die damit verbundene integrationsfördernde aufenthalts- und sozialrechtliche Sicherheit für ukrainische Flüchtlinge begrüßt. Aus seiner Sicht hat diese Entscheidung viel dazu beigetragen, dass die große Zahl ukrainischer Flüchtlinge bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz schnell und so unbürokratisch wie eben möglich aufgenommen und ihnen schnell Wege zu gesellschaftlicher Teilhabe, Integrationsfördermaßnahmen und in den Arbeitsmarkt eröffnet werden konnten. Er hat zugleich immer wieder angemahnt, dass die „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ auch auf alle aus der Ukraine geflüchteten Drittstaatsangehörigen angewendet werden sollte und zudem als Blau-

pause für die Rechtsstellung aller anderen Geflüchteten dienen sollte. Und er hat darauf hingewiesen, dass die Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden, die die Gemeinsamkeit teilen, vor Gefahren für Leib und Leben geflüchtet zu sein, zu Spannungen und bei den Benachteiligten dem Gefühl führt, in den Augen der aufnehmenden Gesellschaft weniger wert zu sein.

Der Initiativausschuss hat die Forderung nach weitest gehender „Gleichgutbehandlung" deshalb im Berichtszeitraum immer wieder in den Gesprächen mit den demokratischen Fraktionen im Landtag und mit Vertretungen der Landesregierung sowie in seiner Informationsarbeit erhoben und u.a. mit folgenden Maßnahmen und Erklärungen öffentlich untermauert:

- **Online-Veranstaltung** *„Guter Flüchtling – schlechter Flüchtling?"* zusammen mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. am Donnerstag, den **24. März 2022**, im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Mit Impulsbeiträgen von Prof. Dr. Sabine Schiffer (Institut für Medienverantwortung) und Karl Kopp (Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V.: *„**Einladung und Teilnehmer*innenliste der Veranstaltung**"* **(siehe Anlagen 16 und 17)**.

- **Gemeinsame Erklärung** der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP), ARBEIT & LEBEN gGmbH - Gesellschaft für Beratung und Bildung RLP, Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., civi kune RLP, Evangelische Kirche der Pfalz, Evangelisch Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V., Institut zur Förderung von Bildung und Integration – INBI, LIGA-Kommission *„Soziale Sicherung, Migration, Armutsbekämpfung"*, Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP) und Seebrücke Rheinland-Pfalz vom **25. Mai 2022**: *„Alle Schutzsuchenden haben das Recht auf menschenwürdige Behandlung! - Für eine humane Flüchtlingspolitik ohne Rassismus!* **(siehe Anlage 18)**.

- Die oben genannte Erklärung wurde zum Weltflüchtlingstag 2022 (**20. Juni 2022**) und ergänzt um weitere Organisationen und Einzelpersonen aus Rheinland-Pfalz erneut veröffentlicht: **Aktualisierte Erklärung** *„Alle Schutzsuchenden haben das Recht auf menschenwürdige Behandlung! - Für eine humane Flüchtlingspolitik ohne Rassismus!* **(siehe Anlage 19)**.

- **Gemeinsames Forderungspapier** von Flüchtlingsrat RLP e.V., Initiativausschuss und civi kune RLP vom **10. Juni 2022**: *„Keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen – Für eine menschliche Flüchtlingspolitik ohne Rassismus"* **(siehe Anlage 20)**.

  Das Forderungspapier, das sich an die Landesregierung und an die rheinland-pfälzischen Kommunen richtete, wurde im Rahmen des vom Flüchtlingsrat RLP e.V. und civi kune RLP ausgerichteten *„Marche des Parapluies"* **(siehe Anlage 21)** am Weltflüchtlingstag an Integrationsministerin Katharina Binz und dem Bürgermeister der Stadt Mainz, Herrn Günter Beck, übergeben. Der Initiativausschuss hatte über seine Informationskanäle zur Beteiligung am *„Marche des Parapluies"* aufgerufen, der Übergabe an Integrationsministerin Katharina Binz ging ein freier Redebeitrag seines Geschäftsführers voraus.

- Im Berichtszeitraum eingebracht wurde zudem vom Initiativausschuss gemeinsam mit weiteren Einrichtungen der **Antrag auf Befassung** mit dieser Thematik und der oben genannten Erklärung *„Alle Schutzsuchenden haben das Recht auf menschenwürdige Behandlung! - Für eine humane Flüchtlingspolitik ohne Rassismus!“* im Rahmen des **Landesbeirats für Migration und Integration** **(siehe Anlage 22)**. Diesem Antrag wurde entsprochen, die Befassung fand allerdings erst im Frühjahr 2023 statt.
- **Impulsvortrag** beim „**Get Together**“ des Landessportbund Rheinland-Pfalz im Rahmen der Aktionswoche *„Sport lebt Vielfalt in Rheinland-Pfalz“* am **9. November 2022** in Mainz: *„Flüchtlingspolitik zwischen Willkommen und Ausgrenzung – Von den einen und den anderen“* **(siehe Anlage 23)**.

2. Afghanistan: Forderung nach Aufenthaltssicherheit für geduldete Afghan*innen, nach Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechtsaktivist*innen sowie Schaffung legaler Zugangswege

Nach dem Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und dem Evakuierungsversagen im Hinblick auf ehemalige Ortskräfte und Menschenrechtsaktivist*innen sowie der anschließenden erneuten Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 richtete sich das Augenmerk der Arbeit des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2022 sowohl auf bereits in Rheinland-Pfalz lebende als auch in Afghanistan zurückgebliebene Afghan*innen.

Durch die Machtübernahme der Taliban wurde endgültig deutlich, dass es für geduldete Afghan*innen langfristig keine Rückkehrperspektive geben wird, weshalb es umso dringlicher wurde, aufenthaltsrechtliche Wege aus dem prekären „Nicht-Status“ der Duldung zu finden.

Hinsichtlich der Aufnahme von/legalen Zugangswegen für Afghan*innen blieb das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan*innen bis Herbst 2022 ohne Umsetzung und auch das im Landes-Koalitionsvertrag mit einem Prüfauftrag versehene Landesaufnahmeprogramm ist bis heute nicht in Sicht.

Gleichzeitig war der Initiativausschuss regelmäßig mit Anfragen von Betroffenen und Unterstützer*innen zum Umgang mit bereits in Rheinland-Pfalz geduldeten Afghan*innen, mit in Afghanistan angesichts der dramatisch verschlechterten Menschenrechtslage an Existenz, Leib und Leben bedrohten Familienangehörigen von in Rheinland-Pfalz lebenden Personen und mit Menschenrechtsaktivist*innen und ehemaligen Ortskräften konfrontiert, die bei den Evakuierungsversuchen im Sommer 2021 von der Bundeswehr zurückgelassen wurden.

Gemeinsam mit der Diakonie in Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat RLP e.V. hat der Initiativausschuss deshalb

- am **10. Februar 2022** in einer **gemeinsamen Erklärung** die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu aufgefordert, durch ein eigenständiges Landesaufnahmeprogramm sichere und legale Zugangswege für Schutzsuchende aus Afghanistan und andere an der Grenzen und vor den Toren der Europäischen Union gestrandete Flüchtlinge zu schaffen: *„Weil Menschlichkeit und Solidarität es mehr denn je gebieten: Rheinland-Pfalz muss einen Beitrag zur Ausweitung sicherer und legaler Zugangswege leisten!“* **(siehe Anlage 24)**;

- am **15. August 2022** in einer **gemeinsamen Erklärung** die Bundesregierung dazu aufgefordert, die schnelle und unbürokratische Aufnahme von ehemaligen Unterstützer*innen deutscher Organisationen, Menschenrechtsaktivist*innen und Familienangehörigen in Deutschland lebender Afghan*innen zu gewährleisten und Aufenthaltssicherheit für alle bislang in Deutschland lediglich geduldeten Afghan*innen herzustellen. Zugleich richteten sie an die rheinland-pfälzische Landesregierung die dringende Bitte, alle ihr zur Verfügung stehenden aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um Afghan*innen im Land umfassende Aufenthaltssicherheit zu gewähren und - gegebenenfalls in Kooperation mit weiteren Bundesländern - ein eigenständiges Landesaufnahmeprogramm für Afghan*innen zu etablieren: *„Ein Jahr nach dem Fall von Kabul: Gefährdete Menschen aus Afghanistan weiter aufnehmen! Die Namen sind bekannt und die Verantwortung Deutschlands besteht fort!“* **(siehe Anlage 25)**;
- am **12. Oktober 2022** in einer **gemeinsamen Erklärung** die rheinland-pfälzische Landesregierung erneut dazu aufgefordert, ein Landesaufnahmeprogramm aufzulegen. Hintergrund für die Erklärung, der sich neben den drei genannten Organisationen auch civi kune RLP angeschlossen hat, war der Beschluss der hessischen Landesregierung, im Wege der Landesaufnahme 1.000 Familienangehörigen von in Hessen lebenden afghanischen Staatsangehörigen einen sicheren und legalen Zugangsweg eröffnen zu wollen: *„Wann, wenn nicht jetzt? - Landesaufnahmeprogramm für Rheinland-Pfalz: Was Hessen kann, das kann (und muss) auch Rheinland-Pfalz!“* **(siehe Anlage 26)**.

Der Initiativausschuss hat seine diesbezüglichen Erwartungen (Aufenthaltssicherheit für geduldete Afghan*innen und Landesaufnahmeprogramm) zudem regelmäßig in den Gesprächen mit dem rheinland-pfälzischen Integrationsministerium an die Landesregierung sowie an die demokratischen Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag (siehe hierzu Punkt *„IV. Vernetzungs-, Lobby- und Gremienarbeit“* dieses Jahresberichtes) herangetragen. Gespräche mit der Landesregierung zu diesem Schwerpunktthema fanden statt am:

- Dienstag, den **11. Januar 2022** mit dem Staatssekretär im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (gemeinsames Gespräch mit Diakonie RLP und dem Flüchtlingsrat RLP e.V.);
- Dienstag, den **22. Februar 2022** mit dem Staatssekretär im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (gemeinsames Gespräch mit Diakonie RLP und dem Flüchtlingsrat RLP e.V.).

Darüber hinaus hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum regelmäßig - i.d.R. monatlich - gemeinsam mit der Seebrücke Mainz und dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. anlässlich von Plenumssitzungen des Landtags Rheinland-Pfalz zu Kundgebungen/Mahnwachen zu dieser Thematik aufgerufen bzw. sich aktiv an solchen Kundgebungen beteiligt. Unter Beteiligung des Initiativausschusses fanden Kundgebungen an folgenden Terminen statt:

- Mittwoch, **30. März 2022** (Helmut-Kohl-Platz in Mainz): Redebeitrag des Initiativausschusses zur Kundgebung am 30. März 2022 **(siehe Anlage 27)**;
- Mittwoch, **11. Mai 2022** (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
- Mittwoch, **8. Juni 2022** (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);

- Mittwoch, **6. Juli 2022** (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
- Mittwoch, **14. September 2022** (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
- Mittwoch, **12. Oktober 2022** (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
- Mittwoch, **23. November** 2022 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).

3. Verfolgung von Menschenrechtsaktivist*innen im Iran und Auswirkungen auf Schutzberechtigte und Schutzsuchende in Rheinland-Pfalz

Die Verfolgung von Demonstrant*innen und Menschenrechtsaktivist*innen durch das iranische Regime in der Folge des gewaltsamen Todes von Jina Mahsa Amini im Gewahrsam der iranischen Sittenpolizei am 16. September 2022 in Teheran hatte auch Auswirkungen auf Iraner*innen in Rheinland-Pfalz, von denen viele in der Vergangenheit selbst vor dem Gewaltregime im Iran fliehen mussten. Für den Initiativausschuss resultierte hieraus die Notwendigkeit, im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen Solidarität mit der Protestbewegung im Iran zum Ausdruck zu bringen, sich für die Aufnahme und Schutzgewährung für aktuell bedrohte Personen auszusprechen und sich für den Erlass eines Abschiebestopps in den Iran auf Bundes- und/oder Landesebene einzusetzen. Dieser Notwenigkeit ist der Initiativausschuss im Berichtszeitraum durch ständige Informationsarbeit über Social Media und seinen Verteiler, durch Gespräche mit dem MFFKI sowie durch die folgenden Aktivitäten gerecht geworden:

- **Redebeitrag** des Initiativausschuss bei einer Kundgebung regimekritischer iranischer Organisationen am **24. Oktober 2022** in Mainz **(siehe Anlage 28)**;
- **Aufruf** zur Beteiligung an einer Kundgebung am Samstag, den **5. November 2022**, in Mainz (Staatstheater) über den Mailverteiler des Initiativausschusses;
- **freier Redebeitrag** bei einer Kundgebung am Mittwoch, den **30. November 2022**, an der Universität Mainz;
- **gemeinsame Pressemitteilung** mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. am **30. November 2023** u.a. mit der Forderung nach einem bundesweiten Abschiebestopp in den Iran anlässlich der Herbstkonferenz der Innenminister*innen und –senator*innen der Länder: *„Innenministerkonferenz vom 30. November bis 2. Dezember 2022: Flüchtlingsrat und Initiativausschuss fordern von Innenminister Michael Ebling Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik“* **(siehe Anlage 29)**.

Der Initiativausschuss konnte durch seine Aktivitäten mit dazu beitragen, dass das rheinland-pfälzische Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration als bundesweit eines der ersten zuständigen Landesministerien schon am 11. Oktober 2022 einen zunächst auf drei Monate befristeten Abschiebestopp in den Iran erlassen hat.

4. Situation von Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtsjahr 2022 intensiv befasst und insbesondere im Rahmen des Landesbeirats für Migration und Integration (LBMI) mit der schwierigen Situation vieler Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz mehrfach eine Erörterung hierzu initiiert. Aus seiner Beratungsarbeit erlangte er im Berichtsjahr vielfach Kenntnis von Ausländer- oder Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz, bei denen Klient*innen Termine

nicht oder lediglich mit erheblichem Vorlauf bekamen, Anfragen von Betroffenen oder Berater*innen nicht beantwortet, Anträge nicht angenommen oder nicht oder nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung beschieden wurden.

Diese fortgesetzte Nichterreichbarkeit, verzögertes Behördenhandeln und weitere strukturelle Probleme hatten vielfach negative Konsequenzen für die Betroffenen: Aufenthaltstitel erloschen, Arbeitsplätze gingen verloren, Leistungsansprüche konnten nicht geltend und Einbürgerungsbegehren nicht anhängig gemacht werden.

Auf Initiative des Initiativausschusses und anderer zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte wurde die Situation von Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in Rheinland-Pfalz im Laufe des Jahres 2022 mehrfach im LBMI beraten **(siehe Anlagen 30 und 31)**.

Zudem wurde dem LBMI ein vom Initiativausschuss initiiertes **Positionspapier** *„Rheinland-Pfalz braucht funktionierende, service- und willkommensorientierte Ausländer- und Einbürgerungsbehörden - Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Mitgliedsorganisationen des Landesbeirat für Migration und Integration an die Landesregierung und die Kommunen in Rheinland-Pfalz“* vom **07. Dezember 2022 zur Beratung im der 1. Sitzung des Jahres 2023** vorgelegt. Es wurde mitgetragen von der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz – AGARP, der Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände Rheinland-Pfalz, ARBEIT & LEBEN gGmbH Rheinland-Pfalz/Saarland - Gesellschaft für Beratung und Bildung, dem AWO Bezirksverband Rheinland e. V., dem Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland, der Diakonie in Rheinland-Pfalz, dem Evangelischen Büro am Sitz der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., dem Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz – ism e.V., dem Institut zur Förderung von Bildung und Integration – INBI e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft - LAG - der kommunalen Integrationsbeauftragten, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband - Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.: Positionspapier *„Rheinland-Pfalz braucht funktionierende, service- und willkommensorientierte Ausländer- und Einbürgerungsbehörden - Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Mitgliedsorganisationen des Landesbeirat für Migration und Integration an die Landesregierung und die Kommunen in Rheinland-Pfalz“* **(siehe Anlage 32)**.

5. Begleitung der Umsetzung von Vereinbarungen des Koalitionsvertrages auf Bundesebene in der Gesetzgebung

Weil sie konkrete Auswirkungen auf die Lebenssituation von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz entfalten, war der Initiativausschuss im Berichtszeitraum in seiner Informations-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit durchgehend damit befasst, die Umsetzung von im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Gesetzesvorhaben im Bereich Flucht, Asyl, (Arbeits-)Migration, Staatsangehörigkeit und Demokratieförderung anzumahnen bzw. kommentierend zu begleiten. Presseöffentlich wurden hierzu zum Bereich „Flucht und Asyl“ die folgenden Erklärungen abgegeben:

- **Erklärung zum Weltkindertag am 20. September 2022**: *„Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz fordert von der Bundesregierung: Versprechen einlösen – Geschwisternachzug ermöglichen!“* **(siehe Anlage 33)**.

- **Erklärung zum Tag des Flüchtlings am 30. September 2022**: *„Flüchtlinge sind Opfer und nicht Verursacher von Krisen - Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik!“* **(siehe Anlage 34)**.

Darüber hinaus war die Umsetzung der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Gesetzgebungsvorhaben auch zentraler Gegenstand des **Plenums des Initiativausschusses** am **24. Mai 2022**, an dem auf Einladung auch die MdB Daniel Baldy (SPD), Misbah Khan (Bündnis 90/Die Grünen) und Manuel Höferlin (FDP) teilgenommen haben (siehe hierzu Punkt *„IV. Vernetzungs-, Lobby- und Gremienarbeit“* dieses Jahresberichtes).

Ein besonderer Schwerpunkt im Berichtszeitraum lag in diesem Handlungsfeld auf der Umsetzung des Vorhabens eines Chancen-Aufenthaltsrechtes für langjährig in Deutschland lebende geduldete Personen. Der Initiativausschuss hat sich mit **Schreiben vom 26. Januar 2022** - unmittelbar nach der Verabschiedung des Koalitionsvertrages auf Bundesebene - an Bundesinnenministerin Faeser gewandt und um eine schützende bundesweite Vorgriffs-Regelung für diejenigen geduldeten Personen gebeten, die zum 1. Januar 2022 seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben und deshalb von dem beabsichtigten Chancen-Aufenthaltsrecht profitieren könnten **(siehe Anlage 35)**.

Er hat zudem unmittelbar nach Bekanntwerden des unzureichenden Referentenentwurfs des Bundesinnenministeriums zum gesetzlichen Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechtes mit einer ausführlichen **Stellungnahme** am **21. Juni 2022** und erneut am **30. September 2022** an das rheinland-pfälzische Integrationsministerium und an rheinland-pfälzische Bundestagabgeordnete gewandt und dabei sowohl auf die nach seiner Ansicht kontraproduktiven Elemente des Entwurfes hingewiesen, als auch konkrete Empfehlungen abgegeben **(siehe beispielhaft die Anlagen 36 und 37)**.

Der Initiativausschuss nimmt für sich in Anspruch, durch die frühzeitige Intervention einen zumindest kleinen Beitrag dazu geleistet zu haben, dass im Verlauf der parlamentarischen Beratungen des zum 31. Dezember 2022 in Kraft getretenen Gesetzes noch erhebliche Verbesserungen (insbesondere die Verschiebung des Stichtags vom ursprünglich geplanten 1. Januar 2022 auf den 31. Oktober 2022 sowie die Klarstellung, dass bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis von der Passpflicht abzusehen ist) erreicht werden konnten.

Der Initiativausschuss hat sich zudem gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. erfolgreich beim Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration für einen frühzeitigen und umfassenden *„Vorgriffserlass“* eingesetzt, der potentiell von der Neuregelung begünstige Personen davor geschützt hat, noch vor In-Kraft-Treten der Regelung aufenthaltsbeendende Maßnahme gewärtigen zu müssen. Er hat diesen Erlass in einer **gemeinsamen Pressemitteilung** mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. am **29. Juli 2022** begrüßt: *„Flüchtlingsrat RLP und Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP begrüßen Erweiterung der MFFKI-Vorgriffsregelung zum ‘Chancen-Aufenthaltsrecht’“* **(siehe Anlage 38)**.

Ebenfalls ausführlich hat sich der Initiativausschuss in seiner Informationsarbeit zu den im Herbst 2022 bekannt gewordenen Eckpunkten der Bundesregierung zur Reform der Fachkräfteeinwanderung geäußert und dabei – insbesondere mit Blick auf die in diesem Zusammenhang zu erwartende weitere Belastung der ohnehin extrem belasteten Ausländerbehörden (siehe hierzu III.4. dieses Jahresberichtes) – mehrfach auf die seines Erachtens zu große und

nicht zielführende Komplexität des Gesetzgebungsvorhabens insbesondere im Zusammenhang mit der sogenannten „*Chancenkarte*“ und dem damit verbundenen Punktesystem, hingewiesen.

Zuletzt sei in Verbindung mit Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene auf die **presseöffentliche Stellungnahme** des Initiativausschusses vom **28. November 2022** zur geplanten Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes verwiesen, die der Initiativausschuss in seinen zu diesem Zeitpunkt bekannt gewordenen Eckpunkten begrüßt und unterstützt hat: „*Geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts - Kein Grund zur Aufregung, sondern sinnvoll für alle!*“ **(siehe Anlage 39)**.

6. 75-jähriges Bestehen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz

Das 75-jährige Bestehen von Rheinland-Pfalz war im Berichtsjahr für den Initiativausschuss Anlass für eine historische wie aktuelle Bilanzierung der Beiträge und Teilhabenmöglichkeiten von eingewanderten Menschen zur/in der Vielfaltsgesellschaft unseres Bundeslandes.

- In Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungszentrum Ingelheim/Fridtjof-Nansen-Akademie, der Stabsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit der Stadt Ingelheim, dem Beirat für Migration und Integration (BMI) der Stadt Ingelheim sowie der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) hat der Initiativausschuss am **12. September 2022** in Ingelheim zu einer **Veranstaltung** zum Thema „*Gekommen um zu bleiben! 75 Jahre Einwanderung nach Rheinland-Pfalz: Zum Beispiel Ingelheim*“ eingeladen. Dabei wurde im Gespräch mit Angehörigen verschiedener „Zuwanderungsgenerationen“ erörtert, wie unterschiedlich Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte zu verschiedenen Zeiten in Ingelheim aufgenommen wurden, wie sich Einwandernde und Aufnehmende dabei gefühlt haben, welche Schlussfolgerungen von Einwanderungsgeneration zu Einwanderungsgeneration aus den gemachten Erfahrungen gezogen wurden und welchen Beitrag Einwanderung dazu geleistet, dass Ingelheim heute so ist, wie es ist. Teilgenommen haben an dem Diskussionsabend ca. 50 Personen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte: Einladung zur Veranstaltung „*Gekommen um zu bleiben! 75 Jahre Einwanderung nach Rheinland-Pfalz: Zum Beispiel Ingelheim*“ **(siehe Anlage 40)**.

- Im Rahmen der Mitgliedschaft des Initiativausschusses im Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. (der Geschäftsführer des Initiativausschusses ist einer der beiden geschäftsführenden Vorsitzenden des NdRLP e.V.) wurde am **4. April 2022** in Mainz in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz die **Veranstaltung** „*Viel getan - viel zu tun! 75 Jahre Diskriminierungsschutz und Akzeptanzpolitik in Rheinland-Pfalz*“ durchgeführt. Erörtert wurden vor ca. 100 Teilnehmer*innen und u.a. unter Beteiligung von Staatsministerin Katharina Binz, einer Vertreter*in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des Geschäftsführers des Initiativausschusses die Fragen,

  - welche Gruppen in welchen Zeiträumen im Fokus von Diskriminierung und Ausgrenzung standen,
  - wie sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt in Rheinland-Pfalz in den 75 Jahren seines Bestehens verändert hat,

- wie die entsprechenden gesellschaftlichen Diskurse darüber aussahen,
- welche Organisationen und Institutionen in Rheinland-Pfalz mit welchem Erfolg versuch(t)en, Vielfaltsakzeptanz zu steigern und die Situation der von Diskriminierung betroffenen Gruppen und Personen zu verbessern,
- welche Instrumente und Gesetze das Land zum Diskriminierungsschutz in den letzten 75 Jahren entwickelt hat und welche Anlaufstellen geschaffen wurden oder noch geschaffen werden müssen.

Einladung zur Podiumsdiskussion *„Viel getan - viel zu tun! 75 Jahre Diskriminierungsschutz und Akzeptanzpolitik in Rheinland-Pfalz“* am **4. April 2022** in Mainz **(siehe Anlage 41)**;
Pressemitteilung der Landeszentrale für politische Bildung und des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. vom **6. April 2022**: *„75 Jahre Rheinland-Pfalz - Podiumsdiskussion u.a. mit Familienministerin Katharina Binz zeigt: Viel getan und immer noch viel zu tun beim Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz!“* **(siehe Anlage 42)**

Ausführlich zu den Aktivitäten des Initiativausschusses im Rahmen des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. in Berichtszeitraum siehe unter Punkt III.9. dieses Jahresberichtes.

7. Weitere Arbeitsschwerpunkte des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2022

Über diese Aktivitäten im Zusammenhang mit den unter *„Rahmenbedingungen der Arbeit im Jahr 2022“* geschilderten Entwicklungen hinaus hat sich der Initiativausschuss im Berichtsjahr mit folgenden Themen intensiv befasst:

7.1. Migration und Gesundheit

Das Thema *„Migration und Gesundheit“* war im Berichtszeitraum u.a. aufgrund eines **Fachtags des Landesbeirats für Migration und Integration (LBMI)** zu diesem Themenkomplex am **15. Juli 2022** ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des Initiativausschusses im Berichtsjahr:

- Der Initiativausschuss war, vertreten durch den Geschäftsführer, über die dort eingerichtete *„Vorbereitungsgruppe“* intensiv an der Planung und inhaltlichen Ausgestaltung des Fachtages beteiligt. Beim Fachtag selbst hat der Initiativausschuss eine **Arbeitsgruppe** zum Thema *„Zugang zur Gesundheitsfürsorge“* geleitet und inhaltlich gemeinsam mit externen Referent*innen ausgestaltet. Er hat zudem intensiv im Nachgang des Fachtages an der Erarbeitung eines Empfehlungspapieres des LBMI an die rheinland-pfälzische Landesregierung mitgewirkt:

  Einladung zum Fachtag *„Migration und Gesundheit“* am 15. Juli 2022 in Mainz **(siehe Anlage 43)**;
  Ergebnisbericht Workshop 2 beim Fachtag *„Migration und Gesundheit“* des LBMI am 15. Juli 2022 in Mainz: *„Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte“* **(siehe Anlage 44)**;
  Empfehlungspapier des LBMI an die Landesregierung Rheinland-Pfalz **(siehe Anlage 45)**.

- Zum Thema der medizinischen Versorgung von Menschen, die ohne Papiere in der Bundesrepublik Deutschland leben, hat sich der Initiativausschuss im Berichtsjahr zudem intensiv an der bundesweiten **Kampagne „*#GleichBeHandeln*“** beteiligt. Mit der Kampagne setzen sich zivilgesellschaftliche Organisationen für die Umsetzung der im Bundes-Koalitionsvertrag vereinbarten Änderung von §87 des Aufenthaltsgesetzes ein, durch die Leistungsbehörden im Falle einer medizinischen Behandlungsnotwendigkeit von Menschen ohne Papiere von ihrer Meldepflicht an die Ausländerbehörden befreit werden. Die bislang bestehende Meldepflicht führt regelmäßig dazu, dass Menschen ohne Papiere aus Angst vor einer Abschiebung medizinische Versorgung auch dann nicht in Anspruch nehmen, wenn sie dringend geboten wäre. Der Initiativausschuss hat neben regelmäßiger Informationsarbeit zum Thema über seine Mailverteiler und Social-Media-Kanäle intensiv für eine entsprechende Petition des Kampagnenbündnisses geworben sich hierzu auch presseöffentlich zu Wort gemeldet: **Pressemitteilung** vom **6. April 2022**: *„Arztbesuch ohne Angst vor Abschiebung: - Kampagne #GleichBeHandeln übergibt Unterschriften an Koalitionsvertreter*innen“* **(siehe Anlage 46)**.

7.2. Fragen der gleichberechtigten Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte

Durchgeführt wurden im Zusammenhang mit diesen Fragen u.a. die folgenden Maßnahmen:

- **Bereitstellung der Expertise** des Initiativausschusses bei der **Entwicklung einer Resolution** der Diakonie Hessen und der Kommunalen Ausländer*innenvertretung Frankfurt am Main zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatstaatsangehörige. Entsprechende Gespräche fanden statt am **1. Februar 2022** und am **14. März 2022** jeweils in Frankfurt am Main: **Entwurf einer Resolution** zur Einführung des kommunalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige: *„‘… wir meinen aber, man könnte etwas Neues versuchen!‘“* **(siehe Anlage 47)**.

- **Impulsvortrag** des Geschäftsführers zu einem Symposion der Diakonie Hessen zum Thema *„Wahlrecht und Staatsangehörigkeit“* anlässlich der Verabschiedung von Hildegund Niebch am **8. April 2022** in Frankfurt am Main: Impulsvortrag *„‘… wir meinen aber, man könnte etwas Neues versuchen!‘“ (Arnold Bode) - Wahlrecht und Staatsangehörigkeit in Deutschland“* **(siehe Anlage 48)**.

- **Aktive Mitwirkung** am Rheinland-Pfalz-Tag vom **20. bis 22. Mai 2022 in Mainz**. In einem gemeinschaftlich vom Initiativausschuss, der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz – AGARP und dem Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. organisierten **Informationsstand** wurden die Besucher*innen über ein **Quiz zu Einbürgerungsfragen** und durch die Möglichkeit zur Ableistung eines **Einbürgerungstestes** für Fragen der gesellschaftlichen und politischen Teilhaberechte von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sensibilisiert. Zudem wurde ein Fact-Sheet zum Thema *„Zahlen zur Einbürgerung in Deutschland und in Rheinland-Pfalz“* präsentiert:

  Quiz *„Ausländer*innen und Einbürgerungen in Rheinland-Pfalz“* **(siehe Anlage 49)**;
  Test: *„Könnten Sie sich einbürgern lassen?“* **(siehe Anlage 50)**;

Fact-Sheet: *„Zahlen zur Einbürgerung in Deutschland und in Rheinland-Pfalz“* **(siehe Anlage 51)**.

- **Aktive Mitwirkung am Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz am 29. September 2022** durch einen **elektronischen Informationsstand** des Initiativausschusses sowie durch ein **Workshopangebot** zum Thema *„Demokratie braucht jede Stimme!“*: Impulsvortrag für den Workshop *„Demokratie braucht jede Stimme!“* beim Demokratietag Rheinland-Pfalz am 29. September 2022 in Ingelheim **(siehe Anlage 52)**.

- **Plenum** des Initiativausschusses am **8. Dezember 2022** mit dem Schwerpunktthema *„Politische Partizipation von Migrant*innen und Flüchtlingen: Stand der Dinge – verbleibende Herausforderungen – Perspektiven?“.* Diskussion und Aussprache auf Grundlage eines einführenden Referates von Luis Caballero, Sozialwissenschaftler u.a. mit dem Schwerpunkt „Demokratietheorie“ und Mitglied der Forschungsgruppe Rechtspopulismus in RLP der Heinrich-Böll-Stiftung (siehe hierzu Punkt „IV. Vernetzungs-, Lobby- und Gremienarbeit“ dieses Jahresberichtes).

7.3. Auseinandersetzung mit Rassismus

Im Berichtsjahr 2022 hat der Initiativausschuss durch eine Reihe von Maßnahmen der Presse- und Informationsarbeit sowie durch die aktive Teilnahme an Veranstaltungen über Rassismus als Menschenrechtsverletzung und Integrationshindernis informiert und sich für seine Bearbeitung und Überwindung engagiert. Im Einzelnen:

- Mitwirkung an einer **Online-Podiumsdiskussion** der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz – AGARP am **18.Februar 2022** anlässlich des 2. Jahrestages der rassistischen Morde von Hanau. Weitere Diskussionsteilnehmer*innen waren Miguel Vicente, Landesbeauftragter für Migration und Integration, Jacques Delfeld Senior, Vorsitzender des Landesverbandes der Sinti und Roma RLP und Kemal Gülcehre, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration RLP: Einladung zur **Online-Podiumsdiskussion** *„2 Jahre nach den rassistischen Morden von Hanau“* **(siehe Anlage 53)**.

- **Pressemitteilung** vom **14. März 2022** zum Beginn der internationalen Wochen gegen Rassismus 2022: *„Haltung zeigen! – Wichtiger denn je! Heute beginnen die Internationalen Wochen gegen Rassismus!“* **(siehe Anlage 54)**.

- **Pressemitteilung** vom **21. März 2022** zum Internationalen Tag gegen Rassismus: *„Die Bekämpfung des Rassismus fängt bei uns und unserer täglichen Haltung an: #SeiTeilderLösung!“* **(siehe Anlage 55)**.

- **Aufruf zu und aktive Mitwirkung** an einer erfolgreichen **Gegendemonstration** von Initiativen aus Mainz und Rheinland-Pfalz gegen einen Aufmarsch der rechtsextremen und neo-nazistischen Partei *„Neue Stärke“* am **16. Juli 2022** in Mainz: Aufruf *„Kein Nazi-Aufmarsch in Mainz – Wir stellen uns quer!“* **(siehe Anlage 56)**.

Der Initiativausschuss hat zudem im Hinblick auf die Beteiligung rheinland-pfälzischer Organisationen und Einrichtungen an den **Internationalen Wochen gegen Rassismus** vom **14. bis zum 27. März 2022** über seinen Mailverteiler und seine Social Media-Kanäle regelmäßig und ausführlich berichtet und für die Beteiligung geworben.

Im Berichtszeitraum inhaltlich und organisatorisch vorbereitet wurden zudem zwei im laufenden Jahr 2023 realisierte Vorhaben. Dabei handelte es sich um

- Vierteilige Informationsveranstaltung zum Thema *„Rassismus im Fokus“* in Kooperation zwischen dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz, der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP) und des Initiativausschusses. Start der derzeit laufenden Veranstaltungsreihe war am 27. März 2023 in Ingelheim.
- Zertifiziertes Fortbildungsangebot zum Thema *„Rassismus in der psycho-sozialen Arbeit“* für (angehende) Psychotherapeut*innen und Hauptamtliche in der psycho-sozialen Arbeit mit Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in Zusammenarbeit mit der Landes-Psychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz und IASE e.V. Die Fortbildung hat stattgefunden am 17. März 2023.

7.4. Sonstige thematische Aktivitäten/Veröffentlichungen

Über die genannten Aktivitäten und Maßnahmen hinaus hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum die folgenden weiteren Initiativen ergriffen:

- **Gemeinsamer Offener Brief** zum **Tag der Muttersprache** am **21. Februar 2022**: *„Bildungspolitik muss Mehrsprachigkeit endlich mitdenken!“* **(siehe Anlage 57)**.
- **Erklärung** zum **Weltfrauentag** am **8. März 2022**: *„Frauenrechte sind Menschenrechte und Menschenrechte sind unteilbar!“* **(siehe Anlage 58)**.
- **Pressemitteilung** vom **23. September 2022** zum Start der Interkulturellen Woche 2022: *„Rege Beteiligung rheinland-pfälzischer Städte, Gemeinden und Landkreise!“* **(siehe Anlage 59)**.

  Der Initiativausschuss hat zudem im Hinblick auf die Beteiligung rheinland-pfälzischer Organisationen und Einrichtungen an der Interkulturellen Woche 2022 über seinen Mailverteiler und seine Social Media-Kanäle regelmäßig und ***ausführlich berichtet und für die Beteiligung geworben****.*
- **Pressemitteilung** vom **09. Dezember 2022** zum **Tag der Menschenrechte** am 10. Dezember 2022: *„Dank an alle Streiter*innen für die Menschenrechte“* **(siehe Anlage 60)**.

8. Regelmäßige Informationsarbeit

Über die vorab genannten und näher beschriebenen Maßnahmen hinaus hat der Initiativausschuss im gesamten Berichtsjahr 2022

- über seinen ca. 500 Akteur*innen der Beratungs- und Unterstützungsarbeit in Rheinland-Pfalz umfassenden E-Mail-Verteiler tagesaktuell und regelmäßig über wichtige Fragen der Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie informiert. Ausgesendet wurden **ca. 275 i.d.R. ausführliche und kommentierende Mails zu aktuellen Informationen und Entwicklungen** im Handlungsfeld.

- über seine **Social-Media-Accounts** (Twitter mit ca. 420 Follower*innen und Facebook) regelmäßig tagesaktuelle Informationen ausgesendet und sich an aktuellen Debatten in seinen Handlungsfeldern beteiligt. Insgesamt wurden **ca. 700 Twitter-Beiträge und 35 Facebook-Einträge** *„produziert“* und verbreitet.

9. Aktivitäten des Initiativausschusses im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP) e.V.

Nach über 10-jähriger Zusammenarbeit in einem losen Verbund haben sich rheinland-pfälzische Akteur*innen der Antidiskriminierungsarbeit im Jahr 2021 mit Unterstützung der Landesantidiskriminierungsstelle zum eingetragenen Verein *„Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP)“* zusammengeschlossen. Der Initiativausschuss hatte diese Entwicklungen maßgeblich mit vorangetrieben und war auch im Berichtsjahr 2022 durch seinen Geschäftsführer im Vorstand des Vereines vertreten. Wichtige Aktivitäten des Zusammenschlusses, die unter maßgeblicher Beteiligung des Initiativausschusses stattfanden, waren im Berichtszeitraum:

- **Gespräch** mit David Profit, Staatssekretär im MFFKI und Mechthild Gerigk-Koch, Leiterin der Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz am **15. März 2022** über den Aufbau einer Beratungsstruktur für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen in Rheinland-Pfalz. Grundlage war das vom NdRLP e.V. – federführend von Geschäftsführer des Initiativausschusses – erarbeite **Analysepapier** vom **11. März 2022**: *„Bestandsaufnahme von Ressourcen und verbleibenden herausforderungen in den relevanten Handlungsfeldern im Bereich Akzeptanzarbeit und Diskriminierungsschutz in RLP – Perspektivische Aufgaben und Entwicklungsschritte des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V.“* **(siehe Anlage 61)**.

- **Gespräch** mit Wolfgang Faller und Svenja Pauly von der Geschäftsstelle des *„Landesaktionsplanes gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“* im MFFKI am **3. Mai 2022** über die Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen im Rahmen des LAGgR-GMF und dem Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V..

- **Podiumsdiskussion** *„Viel getan - viel zu tun! 75 Jahre Diskriminierungsschutz und Akzeptanzpolitik in Rheinland-Pfalz“* am **4. April 2022** in Mainz (siehe hierzu unter Punkt III. 6. dieses Jahresberichtes).

- **Aktive Mitwirkung am Rheinland-Pfalz-Tag vom 20. bis 22. Mai 2022** in Mainz in Rahmen eines gemeinschaftlich vom Initiativausschuss, der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz – AGARP und dem Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. organisierten Informationsstands (siehe hierzu unter Punkt III. 7.2. dieses Jahresberichtes).

- **Expert*innenworkshop** des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. zum Thema *„Antidiskriminierungsberatung in Rheinland-Pfalz neu denken!“* am **27. und 28. Oktober 2022** in Bad Kreuznach:

Impulsreferat des Geschäftsführers für den Entwicklungsworkshop des NdRLP e.V. am 27. und 28. Oktober 2022 in Bad Kreuznach: *„Zentrale Befunde der ADS-Studie zur zivilgesellschaftlichen Beratungslandschaft für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen in Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland“* **(siehe Anlage 62)**;
Ergebnispapier zu den Beratungen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. im Hinblick auf den Aufbau einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Rheinland-Pfalz auf Grundlage eines Expert*innenworkshops des NdRLP e.V. am 27. und 28. Oktober 2022 in Bad Kreuznach **(siehe Anlage 63)**;

Pressemitteilung des NdRLP e.V. vom **19. Dezember 2022: „***Konzept für den Aufbau einer Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz erarbeitet!“* **(siehe Anlage 64)**.

- Teilnahme an einer **Online-Informationsveranstaltung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes** zur Förderrichtlinie *„Aufbau von Anti-Diskriminierungsberatungsstrukturen“* am **21. Dezember 2022** und im folgenden Vorbereitung eines entsprechenden Förderantrags des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V..

- **Vorbereitung, Leitung und Nachbereitung** von einer Mitgliederversammlung, drei Netzwerk-Treffen und vier Vorstandssitzungen im Berichtszeitraum 2022.

IV. Vernetzungs-, Lobby- und Gremienarbeit

Vernetzungsarbeit: Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld *„Asyl, Migration, Integration und Anti-Rassismus-Arbeit“* aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativausschuss nicht nur durch die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen, sondern darüber hinaus auch durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Im Einzelnen:

- **Plenumstreffen des Initiativausschusses**
  In zwei Plenumstreffen im Berichtszeitraum wurden aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht. Im Jahr 2022 haben folgende Plenen stattgefunden:

  Plenum am 24. Mai 2022 in Mainz: Themen u.a.: *„Umsetzung von Vereinbarungen, die im Bundes-Koalitionsvertrag vereinbart wurden“*, *„Ausgestaltung der Beziehungen zwischen dem Land RLP und islamischen Verbänden“* sowie *„Aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine“*:

  Einladung zum Plenum des Initiativausschusses am 24. Mai 2022 in Mainz **(siehe Anlage 65)**;
  Teilnehmer*innenliste des Plenum des Initiativausschusses am 24. Mai 2022 in Mainz **(siehe Anlage 66)**.

  Plenum am 8. Dezember 2022 in Mainz: Themen u.a.: *„Flüchtlingsaufnahme in RLP und aktuelle Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene“*, *„Politische Partizipation von Migrant*innen und Flüchtlingen: Stand der Dinge – verbleibende Herausforderungen – Perspektiven?“* sowie *„Ausblick auf die neue Förderperiode des IQ-Netzwerks RLP ab 2023“*.

Einladung zum Plenum des Initiativausschusses am 8. Dezember 2022 in Mainz **(siehe Anlage 67)**;
Teilnehmer*innenliste des Plenum des Initiativausschusses am 8. Dezember 2022 in Mainz **(siehe Anlage 68)**.

- **Sprecher*innenkreis-Sitzungen des Initiativausschusses**

  Regelmäßige Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses gewährleisteten zwischen den Plenumssitzungen den Informationsfluss zu allen Mitgliedern des Netzwerks. Dem Sprecher*innenkreis gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher*innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativausschusses. Außerdem vertritt er den Initiativausschuss in Gremien und bei gemeinsamen Aktionen in Bündnissen. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerks gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu vertreten. Im Berichtszeitraum 2022 haben insgesamt sieben Präsenz- oder Online-Treffen des Sprecher*innenkreises stattgefunden. Termine waren: **25. Januar 2022**, **10. März 2022**, **3. Mai 2022**, **26. Juli 2022**, **28. September 2022**, **3. November 2022**, **15. Dezember 2022**.

- **Regelmäßige Treffen mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP), der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Diakonie in Rheinland-Pfalz, der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz, dem deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland, dem Verband der Volkshochschulen in RLP und anderen NRO**

  Im Berichtszeitraum sind Vertretungen des Initiativausschusses regelmäßig mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und Verantwortlichen der genannten Einrichtungen und Institutionen zusammengetroffen. Die Gespräche bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Landesregierung Rheinland-Pfalz auf einzelnen gemeinsam als wichtig erachteten migrations- und integrationspolitischen Themenfeldern, das sich im Berichtsjahr 2022 u.a. in den geschilderten (gemeinsamen) Maßnahmen niedergeschlagen hat.

- **Teilnahme an landes- oder bundesweiten Vernetzungstreffen und Fachtagungen**

  Im Berichtjahr haben der Geschäftsführer und/oder die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses an weiteren landes- oder bundesweiten Vernetzungstreffen und Fachtagungen aktiv teilgenommen, u.a. an

  - den *„Hohenheimern Tagen zum Migrationsrecht – Einwanderungsland Deutschland: Perspektiven nach der Bundestagswahl“* vom 28. bis zum 30. Januar 2022 (online);
  - der gemeinsame Tagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz und der Diakonie Saar am 8.

und 9. September 2022 in Bad Münster am Stein – „***22. Ebernburger Gespräche - Reloaded***“.

Lobbyarbeit: Neben der im Bericht bereits erwähnten anlassbezogenen Kontaktausnahme mit Bundestagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz - u.a. zum Thema „*Chancen-Aufenthaltsrecht*“ (siehe hierzu unter Punkt II. 5. dieses Jahresberichtes) - und den ebenfalls bereits erwähnten anlassbezogenen Austauschgesprächen mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) Rheinland-Pfalz (siehe hierzu unter Punkt I. 2. dieses Jahresberichtes) wurden im Berichtszeitraum folgende „*Lobbyaktivitäten*“ unternommen.

- **Gespräche mit den demokratischen Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz**

  Der Initiativausschuss hat auch im Berichtsjahr 2022 den Kontakt mit den demokratischen Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag gesucht und gepflegt. Er hat im Rahmen dieser Gespräche seine Positionen und Empfehlungen zur Ausgestaltung der Politik in den Handlungsfeldern „*Fluchtaufnahme, Migration, Integration, Diskriminierungsschutz und Antirassismusarbeit*“ an Abgeordnete herangetragen und intensiv für deren Umsetzung sowie für eine sachliche Ausgestaltung des Diskurses im politischen Raum geworben. Folgende Gespräche mit Abgeordneten demokratischer Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz haben im Berichtsjahr 2022 stattgefunden:

  - **06. Oktober 2022:** FREIE WÄHLER*innen - Gespräch mit Lisa-Marie Jeckel, MdL
  - **20. Oktober 2022:** Bündnis 90/Die Grünen - Gespräch mit Josef Winkler, MdL und Lisett Stuppy, MdL
  - **03. November 2022:** SPD-Fraktion - Gespräch mit Abgeordneten des Arbeitskreises „*Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz*“ (Lothar Rommelfanger, MdL; Anke Simon, MdL; Michael Simon, MdL; Susanne Müller, MdL und Manuel Liguori, MdL)
  - **21. November 2022:** FDP-Fraktion - Gespräch mit Philipp Fernis, MdL (Fraktionsvorsitzender) und Cornelia Willius-Senzer, MdL.

  Ein für den 5. Oktober 2022 mit der CDU-Fraktion angesetzter Termin wurde seitens der Fraktion kurzfristig wegen Erkrankung abgesagt und daher erst am 4. Januar 2023 geführt.

- **Quartalsgespräche zwischen dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) Rheinland-Pfalz und LIGA Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und Initiativausschuss**

  Der in den ersten 3. Quartalen des Berichtsjahres jeweils anlassbezogen und thematisch (Schwerpunkt Fluchtaufnahme/Ukraine) ausgerichtete Austausch zwischen dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) Rheinland-Pfalz und LIGA Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und Initiativausschuss wurde ab dem 4. Quartal zu einem regelmäßigen Gesprächsformat zur Behandlung von Einzelfallfragen und zur Erörterung aktueller Entwicklungen weiterentwickelt. Das erste von bislang 3. Quartalgesprächen fand am **2. November 2022** statt.

*Der Initiativausschuss hat sich im Berichtsjahr 2022 im **Lobbyregister des Deutschen Bundestages** registriert.*

Gremienarbeit: Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutsch-land lebenden Migrant*innen und Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2022 hat er u.a. in folgenden Gremien regelmäßig mitgearbeitet:

- Beirat für den *„Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“;
- Bündnis *„Demokratie gewinnt!*“;
- *„Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz*“;
- *„Runder Tisch Islam Rheinland-Pfalz“*;
- *„Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte*“ (Gremium auf Bundesebene).

- **Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)**

  Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von seinem Geschäftsführer und stellvertretend von seiner rechtspolitischen Referentin im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Aus-gestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrant*innen(selbst)organisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner an.

  Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss intensiv an der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen und Veranstaltungen des Landesbeirats für Migration und Integration mitgewirkt. Sitzungen und Veranstaltungen fanden statt am

  - **07. März 2022** (reguläre Sitzung);
  - **13. Juni 2022** (reguläre Sitzung);
  - **15. Juli 2022** (Fachtag „Migration und Gesundheit“ (siehe hierzu Punkt III. 7.1. dieses Jahresberichtes);
  - **05. September 2022** (reguläre Sitzung);
  - **05. Dezember 2022** (reguläre Sitzung).

Personalausstattung und Zuwender*innen im Berichtszeitraum

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Trägervereins durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Neben Honorareinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielten wir im Berichtszeitraum zudem weitere Zuwendungen von

- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau;

- ✓ dem Bistum Mainz;
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier;
- ✓ der Lotto-Stiftung Rheinland-Pfalz.

Hierfür bedanken wir uns herzlich. Ohne alle diese Zuwendungen wäre unsere Arbeit für Solidarität und Gleichberechtigung nicht möglich.

In der Geschäftsstelle waren im Berichtszeitraum Torsten Jäger (Geschäftsführer) sowie Ann-Christin Bölter (rechtspolitische Referentin) mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Mainz, den 28. Juli 2023